

Hitzewelle

Deutlich mehr Sterbefälle in NRW

Im Juni 2026 starben in Nordrhein-Westfalen nach Angaben des Statistischen Landesamts deutlich mehr Menschen als im Juni 2025. Mit 19.954 lag die Zahl der Verstorbenen um 22 Prozent über der entsprechenden Zahl (16.396) des Vorjahres. Der höchste Anstieg wurde für Leverkusen mit 63 Prozent mehr Sterbefällen erfasst, gefolgt von Köln mit einer Zunahme von 47 Prozent. In allen Kreisen und kreisfreien Städten lag die Zahl der Sterbefälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner über dem Median der Junimonate im Zeitraum 2005 bis 2025. Auch mit Blick auf einen längeren Vergleichszeitraum bleiben die Zahlen für 2026 ein Höchstwert: In keinem anderen Vergleichszeitraum seit Beginn der Erhebung in ihrer derzeitigen Form im Jahr 1977 seien mehr Sterbefälle verzeichnet worden, meldet das Statistische Landesamt. Angesichts der hohen Durchschnittstemperaturen im Juni 2026 mit Hitzewarnungen des Deutschen Wetterdienstes an elf aufeinanderfolgenden Tagen, darunter acht Tage mit der höchsten Warnstufe, kann man auf einen kausalen Zusammenhang mit dem Anstieg der Sterbefälle schließen.



Das RKI geht für den vergangenen Sommer von bundesweit 16.000 hitzebedingten Sterbefällen aus.

Foto: Corri Seizinger / istockphoto.com

Laut Robert Koch-Institut (RKI) lag die geschätzte Anzahl hitzebedingter Sterbefälle in NRW im Jahr 2026 bis einschließlich der 36. Kalenderwoche bei 3.040 Menschen. Deutschlandweit geht das RKI für den gleichen Zeitraum von rund 16.000 hitzebedingten Sterbefällen aus; rund 9.600 hitzebedingte Sterbefälle seien auf die besonders heiße Woche Ende Juni 2026 zurückzuführen. *tg*

Interview

Ärzttekammer-Präsident Koch fordert Bürokratieabbau

In der ersten November-Ausgabe 1976 des *Rheinischen Ärzteblatts* nahm der damalige Präsident der Ärztekammer Nordrhein Dr. Friedrich-

Wilhelm Koch in einem Interview ausführlich zu gesundheits- und berufspolitischen Themen Stellung. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag pro-

phetezte Koch, „daß die gesundheitspolitisch Interessierten in allen Parteien zusammenwirken müssen“. Als Sofortmaßnahmen, um den Kostendruck auf das Gesundheitswesen kurzfristig zu senken, glaubte Koch weniger an Gesetze und Verordnungen, sondern empfahl eine „konzertierte Aktion aller Kräfte, die zur Lösung des Problems beizutragen haben“. Dazu zählte beispielsweise die Stärkung der

Gesundheitsförderung, denn eine „falsche Lebensweise ist ein entscheidender Krankheits- und damit auch Kostenfaktor“.

Daneben kritisierte Koch, dass die Gesundheitspolitik den Arzt einenge. „Seine Rolle als Helfer der Kranken tritt immer mehr gegenüber administrativen Tätigkeiten zurück“. Das Ausfüllen von Formularen lasse immer weniger Spielraum für eine individuelle Behandlung „und das Gespräch zwischen Patient und Arzt. Ich halte das für eine bedrohliche Entwicklung“, so Koch. Gleichzeitig rief der Kammerpräsident jede Ärztin und jeden Arzt dazu auf, „aus eigener Kraft und trotz der Belastungen des Alltags daran mitzuwirken, daß die Freiheitlichkeit unseres Berufs nicht durch Administration zerstört wird“. *bre*

Organspende

DIVI plädiert für Neuregelung

Die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) plädiert dafür, die Organspende nach kontrolliertem Herz-Kreislauf-Stillstand bei dokumentiertem Organspendewunsch in Erwägung zu ziehen. Nach geltendem Recht könne eine Organspende nur erfolgen, wenn der irreversible Hirnfunktionsausfall festgestellt werde. Dies geschehe aber nur bei drei Prozent der Todesfälle auf Intensivstationen. Die DIVI-Arbeitsgruppe schlägt vor, sich für eine Spende nach bisheriger Hirntod-Feststellung oder nach Herz-Kreislauf-Stillstand entscheiden zu können. Auch nach kontrolliertem Herz-Kreislauf-Stillstand könne auf Intensivstationen der Tod sicher festgestellt werden. *tg*

Vertragsärzte

Honorar steigt um 2,2 Prozent

Die Honorare in der ambulanten vertragsärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung werden im Jahr 2027 um 2,2 Prozent steigen. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der GKV-Spitzenverband einigten sich auf die entsprechende Anhebung des Orientierungswerts, der maßgeblichen Größe für den Preis der erbrachten Leistungen, von bisher 12,7404 auf 13,0207 Cent 2027. Nach Angaben des GKV-Spitzenverbands bedeutet dies ein Plus von 1,1 Milliarden Euro. Die KBV sei damit an die Grenze des Machbaren gegangen, kommentierte deren Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Gassen das Ergebnis. *tg*

RA VOR
50 JAHREN